

**ÜBEREINKOMMEN
ZUR REGELUNG BESTIMMTER FRAGEN
IN BEZUG AUF BERLIN**

**AGREEMENT
ON THE SETTLEMENT OF CERTAIN MATTERS
RELATING TO BERLIN**

**ACCORD
SUR LE REGLEMENT DE CERTAINES
QUESTIONS RELATIVES A BERLIN**

**ÜBEREINKOMMEN
ZUR REGELUNG BESTIMMTER FRAGEN
IN BEZUG AUF BERLIN**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierungen der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland ("die drei Staaten") -

handelnd auf der Grundlage ihrer langjährigen freundschaftlichen Verbundenheit,

in Würdigung ihres gemeinsamen Eintretens für die Freiheit und Einheit Berlins,

in Anbetracht des Umstands, daß mit Vollendung der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit auch die Teilung Berlins endgültig beendet wird,

in Anerkennung der Tatsache, daß mit Abschluß des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland und mit Herstellung der deutschen Einheit die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin ihre Bedeutung verlieren und daß das vereinte Deutschland volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten haben wird,

in der Erwägung, daß es notwendig ist, hierfür in bestimmten Bereichen einschlägige Regelungen zu vereinbaren, welche die deutsche Souveränität in bezug auf Berlin nicht berühren,

im Hinblick auf die zwischen den vier Regierungen geschlossene Vereinbarung über den befristeten Verbleib von Streitkräften der drei Staaten in Berlin -

sind wie folgt übereingekommen:

ARTIKEL 1

(1) Der Ausdruck "alliierte Behörden", wie er in diesem Übereinkommen verwendet wird, umfaßt

- a) den Kontrollrat, die Alliierte Hohe Kommission, die Hohen Kommissare der drei Staaten, die Militärgouverneure der drei Staaten, die Streitkräfte der drei Staaten in Deutschland sowie Organisationen und Personen, die in deren Namen Befugnisse ausgeübt oder - im Fall internationaler Organisationen und andere Staaten vertretender Organisationen (und der Mitglieder solcher Organisationen) - mit deren Ermächtigung gehandelt haben, sowie die Hilfsverbände anderer Staaten, die bei den Streitkräften der drei Staaten gedient haben;
- b) die Alliierte Kommandantur Berlin, die Kommandanten des amerikanischen, britischen und französischen Sektors von Berlin sowie Einrichtungen und Personen, die in deren Namen Befugnisse ausgeübt haben.

(2) Der Ausdruck "alliierte Streitkräfte", wie er in diesem Übereinkommen verwendet wird, umfaßt

- a) die in Absatz 1 bezeichneten alliierten Behörden, soweit sie in oder in bezug auf Berlin tätig waren;
- b) Angehörige der amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte in Berlin;
- c) nicht-deutsche Staatsangehörige, die in militärischer oder ziviler Eigenschaft bei den alliierten Behörden Dienst getan haben;
- d) Familienangehörige der unter den Buchstaben b und c aufgeführten Personen und nicht-deutsche Staatsangehörige, die im Dienst dieser Personen standen.

(3) Die amtlichen Texte der in diesem Übereinkommen erwähnten Rechtsvorschriften sind diejenigen Texte, die zur Zeit des Erlasses maßgebend waren.

(4) Soweit in diesem Übereinkommen auf das Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte Bezug genommen wird, ist dies als Bezugnahme auf die Suspendierung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte oder, wenn keine Suspendierung erfolgt, das Inkrafttreten des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland zu verstehen.

ARTIKEL 2

Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der alliierten Behörden in oder in bezug auf Berlin oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.

ARTIKEL 3

(1) Deutsche Gerichte und Behörden können im Rahmen der Zuständigkeiten, die sie nach deutschem Recht haben, in allen Verfahren tätig werden, die eine vor Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in bezug auf Berlin begangene Handlung oder Unterlassung zum Gegenstand haben, soweit in diesem Artikel nicht etwas anderes bestimmt wird.

(2) Eine Zuständigkeit deutscher Gerichte oder Behörden nach Absatz 1 besteht nicht für die folgenden Institutio-

nen und Personen, auch wenn ihre dienstliche Tätigkeit beendet ist, und nicht in den nachstehend genannten Verfahren:

a) die alliierten Behörden;

b) Angehörige der alliierten Streitkräfte in nicht-
strafrechtlichen Verfahren, die eine Handlung oder
Unterlassung in Ausübung ihrer dienstlichen Tätig-
keit zum Gegenstand haben;

c) Angehörige der alliierten Streitkräfte in straf-
rechtlichen Verfahren, es sei denn, der betreffende
Staat stimmt der Einleitung des Verfahrens zu;

d) Richter an den von den alliierten Behörden einge-
setzten Gerichten in Berlin und andere Gerichtspersonen,
die ihnen bisher in der Freistellung von der
deutschen Gerichtsbarkeit gleichgestellt waren, so-
weit sie in Ausübung ihres Amtes gehandelt haben;

e) Mitglieder der beim Kontrollrat zugelassenen
Militärmissionen und Delegationen in Verfahren, die
eine Handlung oder Unterlassung in Ausübung ihrer
dienstlichen Tätigkeit zum Gegenstand haben;

f) Verfahren, für welche die Genehmigung abgelehnt
wurde, die nach Gesetz Nr. 7 der Alliierten Komman-
dantur Berlin vom 17. März 1950 zur Ausübung der
deutschen Gerichtsbarkeit erforderlich war;

g) andere Verfahren, die eine in Ausübung dienstli-
cher Tätigkeit für die alliierten Streitkräfte be-
gangene Handlung oder Unterlassung zum Gegenstand
haben.

(3) Wenn sich in einem Verfahren, auf das Absatz 2 An-
wendung findet, die Frage erhebt, ob eine Person in Aus-
übung ihres Amtes oder ihrer dienstlichen Tätigkeit ge-
handelt hat, so sind Verfahren nur auf der Grundlage

einer Bescheinigung des betreffenden Staates zulässig, daß die fragliche Handlung oder Unterlassung nicht in Ausübung des Amtes oder der dienstlichen Tätigkeit begangen wurde.

(4) Die deutschen Gerichte sind nach Maßgabe des deutschen Rechts für Streitigkeiten zuständig, die sich aus Arbeitsverträgen (einschließlich der damit zusammenhängenden Sozialversicherungsstreitigkeiten) oder Verträgen über Lieferungen und Leistungen ergeben, die vor Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte geschlossen worden sind. Klagen gegen die Behörden der drei Staaten sind gegen die Bundesrepublik Deutschland zu richten. Klagen dieser Behörden werden von der Bundesrepublik Deutschland erhoben.

ARTIKEL 4

Alle Urteile und Entscheidungen, die von einem durch die alliierten Behörden oder durch eine derselben eingesetzten Gericht oder gerichtlichen Gremium vor Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in bezug auf Berlin erlassen worden sind, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und werden von den deutschen Gerichten und Behörden wie Urteile und Entscheidungen deutscher Gerichte und Behörden behandelt.

ARTIKEL 5

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird keinerlei Ansprüche gegen die drei Staaten oder einen von ihnen oder gegen Institutionen oder Personen, soweit diese im Namen oder im Auftrag der drei Staaten oder eines von ihnen tätig waren, geltend machen wegen Handlungen oder Unterlassungen, welche die drei Staaten oder einer von ihnen oder diese Institutionen oder Personen vor Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in bezug auf Berlin begangen haben.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland erkennt an, daß vorbehaltlich des Artikels 3 die in Absatz 1 bezeichneten Ansprüche von ihrer Herrschaftsgewalt unterliegenden Personen nicht geltend gemacht werden.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die Verantwortlichkeit für die Entscheidung über Entschädigungsansprüche für Besatzungsschäden, die vor Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in bezug auf Berlin entstanden sind und für die nach den Bestimmungen der Verordnung Nr. 508 der Kommandanten des amerikanischen, britischen und französischen Sektors vom 21. Mai 1951 in ihrer durch spätere Verordnungen und Ausführungsbestimmungen geänderten Fassung Entschädigung zu leisten wäre, und für die Befriedigung dieser Ansprüche, soweit sie nicht bereits geregelt sind. Die Bundesrepublik Deutschland wird bestimmen, welche weiteren der in Absatz 2 genannten und in oder in bezug auf Berlin entstandenen Ansprüche zu befriedigen angemessen ist, und wird die zur Bestimmung und Befriedigung dieser Ansprüche erforderlichen Maßnahmen treffen.

ARTIKEL 6

(1) Vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 werden Fragen des beweglichen und unbeweglichen Vermögens, die sich aus der Suspendierung oder Beendigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in Berlin ergeben, im Rahmen der Vereinbarung über den befristeten Verbleib von Streitkräften der drei Staaten in Berlin, einschließlich ihrer Anlagen, behandelt.

(2) Am Ende der in Anlage 2 der genannten Vereinbarung vorgesehenen Abwicklungszeiträume haben die drei Staaten die Gelegenheit, das Vermögen weiterhin zu nutzen, soweit es von ihren diplomatischen und konsularischen Vertretungen benötigt wird, falls angemessene Regelungen (Miete, Tausch oder Kauf) vereinbart werden können.

(3) Im Einklang mit geltenden Verfahren wird bewegliches Vermögen, das nicht mehr für die in der genannten Vereinbarung, einschließlich ihrer Anlagen, bezeichneten Zwecke benötigt wird und das der betreffende Staat nicht kaufen, tauschen oder mieten möchte, an die zuständige deutsche Behörde zurückgegeben.

ARTIKEL 7

(1) Soweit es für den Abschluß von Verfahren, die bei Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte bei dem "Tribunal français de simple police de Berlin" anhängig sind, notwendig ist, übt es seine Gerichtsbarkeit nach den bisher geltenden Rechtsvorschriften aus. Das "Tribunal français de Berlin" übt seine Gerichtsbarkeit in Rechtsmittelverfahren gegen Entscheidungen des "Tribunal français de simple police de Berlin" aus.

(2) Die in Absatz 1 genannte Gerichtsbarkeit endet im Fall des "Tribunal français de simple police de Berlin" sechs Monate und im Fall des "Tribunal français de Berlin" zehn Monate nach Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte.

(3) Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe d und Artikel 4 dieses Übereinkommens finden sinngemäß Anwendung.

ARTIKEL 8

Jede Vertragspartei kann jederzeit um Konsultationen zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens ersuchen. Die Konsultationen beginnen innerhalb von 30 Tagen, nachdem den anderen Vertragsparteien das Ersuchen notifiziert worden ist.

ARTIKEL 9

Jede Vertragspartei kann um eine Überprüfung dieses Übereinkommens ersuchen. Die Gespräche beginnen innerhalb von drei Monaten, nachdem den anderen Vertragsparteien das Ersuchen notifiziert worden ist.

ARTIKEL 10

Ungeachtet des Artikels 11 kommen die Unterzeichnerregierungen überein, dieses Übereinkommen vom Zeitpunkt des Unwirksamwerdens der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte bis zu seinem Inkrafttreten vorläufig anzuwenden.

ARTIKEL 11

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt. Diese Regierung teilt den anderen Unterzeichnerregierungen die Hinterlegung jeder Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde mit.

(2) Dieses Übereinkommen tritt am Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

(3) Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen deutscher, englischer und französischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt; diese übermittelt den anderen Unterzeichnerregierungen beglaubigte Abschriften.

AGREEMENT
ON THE SETTLEMENT OF CERTAIN MATTERS
RELATING TO BERLIN

The Government of the Federal Republic of Germany and the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America ("the three States"),

Acting on the basis of their long-standing friendly relations;

Appreciating their shared commitment to the freedom and unity of Berlin;

Noting that the achievement of the unity of Germany in peace and freedom also means the definitive termination of the division of Berlin;

Recognizing that with the conclusion of the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany and the establishment of German unity quadripartite rights and responsibilities relating to Berlin lose their function and that the united Germany will have full sovereignty over its internal and external affairs;

Considering it necessary to agree in certain areas on relevant provisions, which do not affect German sovereignty in respect of Berlin;

Having regard to the Agreement concluded between the four Governments concerning the presence, for a limited period, of the forces of the three States in Berlin;

Have agreed as follows:

ARTICLE 1

(1) The term "Allied Authorities" as used in this Agreement means:

(a) the Control Council, the Allied High Commission, the High Commissioners of the three States, the Military Governors of the three States, the Armed Forces of the three States in Germany, and organizations and persons who have exercised authority on their behalf or, in the case of international organizations and organizations representing other States (and the members of such organizations), who have acted with their authorization, and auxiliary contingents of other States who have served with the Armed Forces of the three States; and

(b) the Allied Kommandatura Berlin, the Commandants of the American, British and French Sectors of Berlin, as well as institutions and persons who have exercised authority on their behalf.

(2) The term "Allied Forces" as used in this Agreement means:

(a) the Allied Authorities referred to in paragraph (1) in so far as they acted in or in respect of Berlin;

(b) members of the American, British and French Armed Forces in Berlin;

(c) non-German nationals who served with the Allied Authorities in a military or civil capacity; and

(d) members of the families of, and non-German nationals who were in the service of, the persons referred to in sub-paragraphs (b) and (c).

(3) The official text or texts of legislation referred to in this Agreement shall be the text or texts which was or were official at the time of enactment.

(4) Where in this Agreement there is a reference to quadripartite rights and responsibilities ceasing to have effect, this shall be construed as a reference to the suspension of the operation of quadripartite rights and responsibilities or, if there is no such suspension, the entry into force of the Treaty on the Final Settlement with respect to Germany.

ARTICLE 2

All rights and obligations created or established by or under legislative, judicial or administrative action of the Allied Authorities in or in respect of Berlin are and shall remain valid for all purposes under German law whether or not their creation or establishment was in conformity with other legislation. Such rights and obligations shall be subject without discrimination to the same future legislative, judicial and administrative measures as similar rights and obligations created or established by or under German law.

ARTICLE 3

(1) German courts or authorities may exercise such jurisdiction as they have under German law in respect of any proceedings relating to an act or omission which occurred in or in respect of Berlin before quadripartite rights and responsibilities ceased to have effect, unless otherwise stipulated in this Article.

(2) German courts or authorities shall have no jurisdiction under paragraph (1) over the following institutions and persons, even if their official functions have ended, or in the following proceedings:

(a) the Allied Authorities;

(b) members of the Allied Forces in non-criminal proceedings relating to an act or omission which occurred in the exercise of their official functions;

(c) members of the Allied Forces in criminal proceedings, unless the State concerned consents to the initiation of proceedings;

(d) judges of the courts established by the Allied Authorities in Berlin and other court personnel who were similarly exempt from German jurisdiction, in so far as they acted in the exercise of their official duties;

(e) members of the Military Missions and Delegations accredited to the Control Council in proceedings relating to an act or omission which occurred in the exercise of their official functions;

(f) proceedings for which the authorization required under Law No. 7 of the Allied Kommandatura Berlin of 17 March 1950 for the exercise of German jurisdiction was denied;

(g) other proceedings relating to an act or omission which occurred in the exercise of official functions for the Allied Forces.

(3) Whenever in any proceedings to which paragraph (2) applies a question arises whether or not a person has acted in the exercise of his official duties or functions, proceedings shall be permitted only on the basis of certification by the State concerned that the act or omission in question did not occur in the exercise of his official duties or functions.

(4) The German courts shall, in accordance with German law, have jurisdiction over disputes arising from employment contracts (including social security disputes relating thereto), or arising from contracts for the supply of goods or services, concluded before quadripartite rights and responsibilities ceased to have effect. Actions against the authorities of the three States shall be brought against the Federal Republic of Germany. Actions by such authorities shall be instituted by the Federal Republic of Germany.

ARTICLE 4

All judgments and decisions rendered in or in respect of Berlin by any tribunal or judicial body established by the Allied Authorities or any of them before quadripartite rights and responsibilities ceased to have effect shall remain final and valid for all purposes under German law and shall be treated by German courts and authorities as judgments and decisions rendered by German courts and authorities.

ARTICLE 5

(1) The Federal Republic of Germany shall not assert against the three States or any one of them, or against institutions or persons in so far as they acted on behalf of or under the authority of the three States or any of them, claims of any kind arising out of acts or omissions in or in respect of Berlin of the three States or any one of them, or such institutions or persons, which

occurred before quadripartite rights and responsibilities ceased to have effect.

(2) The Federal Republic of Germany recognizes that, subject to Article 3 of this Agreement, claims described in paragraph (1) shall not be asserted by persons subject to its jurisdiction.

(3) The Federal Republic of Germany assumes responsibility for the decision and satisfaction of claims for compensation for occupation damages sustained in or in respect of Berlin before quadripartite rights and responsibilities ceased to have effect and for which compensation would have been payable under the provisions of Ordinance No. 508 issued by the Commandants of the American, British and French Sectors on 21 May 1951, as amended and implemented by subsequent Ordinances and Regulations, in so far as such claims have not already been settled. The Federal Republic of Germany will determine which of the other claims referred to in paragraph (2), in so far as they arose in or in respect of Berlin, should appropriately be satisfied and will take such measures as are necessary for the determination and satisfaction of such claims.

ARTICLE 6

(1) Subject to paragraphs (2) and (3), questions of movable and immovable property arising from the suspension of the operation, or termination, of quadripartite rights and responsibilities relating to Berlin shall be dealt with in the context of the Agreement concerning the presence, for a limited period, of forces of the three States in Berlin, including its Annexes.

(2) At the end of the transitional periods provided for in Annex 2 of the said Agreement, the three States shall have the opportunity to continue to use such property as

may be needed by their diplomatic and consular establishments, if appropriate arrangements (rental, exchange of property or purchase) can be agreed.

(3) In accordance with established procedures, if movable property is no longer needed for the purposes set out in the said Agreement including its Annexes, and if the State concerned does not wish to purchase, exchange or rent it, such property shall be returned to the competent German authority.

ARTICLE 7

(1) To the extent necessary to conclude any business pending before it when quadripartite rights and responsibilities cease to have effect, the "Tribunal français de simple police de Berlin" shall exercise its jurisdiction pursuant to the legal provisions heretofore in force. The "Tribunal français de Berlin" shall exercise jurisdiction over appeals against decisions of the "Tribunal français de simple police de Berlin".

(2) The jurisdiction referred to in paragraph 1 shall terminate in the case of the "Tribunal français de simple police de Berlin" six months, and in the case of the "Tribunal français de Berlin" ten months, after quadripartite rights and responsibilities cease to have effect.

(3) Article 3, paragraph (2) (d), and Article 4 of this Agreement shall apply correspondingly.

ARTICLE 8

Any Party may, at any time, request consultations among the Parties regarding the interpretation or application of this Agreement. Such consultations shall begin within 30 days from the notification of the request to the other Parties.

ARTICLE 9

Any Party may request a review of this Agreement. Discussions shall begin within three months from the notification of the request to the other Parties.

ARTICLE 10

Notwithstanding Article 11 of this Agreement the signatory Governments agree that this Agreement shall be applied provisionally, until its entry into force, from the time when quadripartite rights and responsibilities cease to have effect.

ARTICLE 11

(1) This Agreement is subject to ratification, acceptance or approval. The instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany. That Government shall inform the other signatory Governments of the deposit of each instrument of ratification, acceptance or approval.

(2) This Agreement shall enter into force on the date of deposit of the last instrument of ratification, acceptance or approval.

(3) The original of this Agreement, of which the English, French and German texts are equally authentic, shall be deposited with the Government of the Federal Republic of Germany, which shall transmit certified true copies to the other signatory Governments.

ACCORD
SUR LE REGLEMENT DE CERTAINES
QUESTIONS RELATIVES A BERLIN

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et les Gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République française ainsi que du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (ci-après dénommés "les trois Etats"),

Agissant sur la base de leurs relations amicales de longue date,

Considérant leur engagement commun en faveur de la liberté et de l'unité de Berlin,

Notant que le parachèvement de l'unité de l'Allemagne dans la paix et la liberté signifie également qu'il est définitivement mis fin à la division de Berlin,

Reconnaissant qu'avec la conclusion du Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne et avec l'établissement de l'unité allemande, les droits et responsabilités quadripartites concernant Berlin perdent leur fonction et que l'Allemagne unie jouira de la pleine souveraineté sur ses affaires intérieures et extérieures,

Prenant en considération la nécessité de convenir dans certains domaines de dispositions appropriées qui n'affectent pas la souveraineté allemande en ce qui concerne Berlin et,

Tenant compte de l'Accord conclu entre les quatre Gouvernements, relatif à la présence, pour une période limitée, de forces armées des trois Etats à Berlin,

Sont convenus de ce qui suit:

ARTICLE 1

(1) L'expression "Autorités Alliées", utilisée dans le présent Accord, désigne:

a) le Conseil de Contrôle, la Haute Commission Alliée, les Hauts Commissaires des trois Etats, les Gouverneurs Militaires des trois Etats, les Forces Armées des trois Etats en Allemagne, ainsi que les organisations et personnes qui ont exercé une autorité en leur nom ou, dans le cas d'organisations internationales et d'organisations représentant d'autres Etats (et de membres de ces organisations), qui ont agi avec leur autorisation, ainsi que les contingents auxiliaires d'autres Etats qui ont servi auprès des Forces Armées des trois Etats; et

b) la Kommandatura Interalliée de Berlin, les Commandants des Secteurs américain, britannique et français de Berlin ainsi que les institutions et personnes ayant exercé une autorité en leur nom.

(2) L'expression "Forces Alliées", utilisée dans le présent Accord, désigne:

a) les Autorités Alliées visées au paragraphe 1 du présent article, dans la mesure où elles ont exercé leurs activités à Berlin ou en ce qui concerne Berlin;

b) les membres des Forces Armées américaines, britanniques et françaises à Berlin;

c) les ressortissants non allemands qui ont été en service auprès des Autorités Alliées en tant que personnel militaire ou civil;

d) les membres des familles des personnes mentionnées aux alinéas b) et c) du présent paragraphe et les ressortissants non allemands qui ont été au service desdites personnes.

(3) Le ou les textes officiels de la législation visée dans le présent Accord sont celui ou ceux qui étaient officiels au moment où cette législation a été édictée.

(4) Chaque fois que dans le présent Accord il est fait référence à la cessation d'effet des droits et responsabilités quadripartites, cette référence doit être entendue comme une référence à la suspension de l'exercice des droits et responsabilités quadripartites ou, si cette suspension n'a pas lieu, comme une référence à l'entrée en vigueur du Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne.

ARTICLE 2

Tous les droits et obligations créés ou institués par des mesures législatives, judiciaires ou administratives prises par les Autorités Alliées à Berlin ou en ce qui concerne Berlin, ou en vertu de telles mesures, sont et demeureront valables à tous égards en droit allemand, qu'ils aient été ou non créés ou institués conformément à d'autres textes législatifs. Ces droits et obligations seront soumis, sans discrimination, aux mêmes mesures d'ordre législatif, judiciaire et administratif qui seront prises à l'avenir, que les droits et obligations similaires créés ou institués par le droit allemand ou en vertu de ce droit.

ARTICLE 3

(1) Les tribunaux allemands ou autorités allemandes pourront exercer la compétence qu'ils détiennent en vertu du droit allemand en ce qui concerne toute instance

relative à un acte ou une omission intervenu à Berlin ou en ce qui concerne Berlin avant que les droits et responsabilités quadripartites aient cessé d'avoir effet, à moins que le présent article n'en dispose autrement.

(2) Les tribunaux allemands ou autorités allemandes n'auront pas compétence en vertu du paragraphe 1, à l'égard des institutions ou personnes mentionnées ci-dessous, même si leurs fonctions officielles ont pris fin, ainsi qu'en ce qui concerne les instances suivantes:

- a) les Autorités Alliées,
- b) les membres des Forces Alliées, dans les instances non pénales relatives à un acte ou une omission intervenu dans l'exercice des fonctions officielles des intéressés,
- c) les membres des Forces Alliées, dans les instances pénales à moins que l'Etat intéressé consente à l'introduction de la procédure,
- d) les juges des tribunaux institués par les Autorités Alliées à Berlin et les autres personnels de ces tribunaux qui bénéficiaient également de l'exemption de la juridiction allemande, dans la mesure où ils ont agi dans l'exercice de leurs devoirs officiels,
- e) les membres des Missions Militaires et des Délégations accréditées auprès du Conseil de Contrôle, dans les instances relatives à un acte ou une omission intervenu dans l'exercice de leurs fonctions officielles,
- f) les instances pour lesquelles l'autorisation requise en vertu de la Loi n° 7 de la Kommandatura Interalliée de Berlin, en date du

17 mars 1950, pour l'exercice de la compétence allemande a été refusée,

g) les autres instances relatives à un acte ou une omission intervenu dans l'exercice de fonctions officielles pour le compte des Forces Alliées.

(3) Si, dans une instance à laquelle s'applique le paragraphe 2 du présent article, la question se pose de savoir si une personne a ou non agi dans l'exercice de ses devoirs ou fonctions officiels, la procédure ne sera autorisée que sur la base d'un certificat de l'Etat concerné attestant que l'acte ou l'omission en cause n'est pas intervenu dans l'exercice des devoirs ou fonctions officiels.

(4) Les tribunaux allemands auront, conformément au droit allemand, compétence pour connaître des différends découlant de contrats de travail, y compris les différends en matière de sécurité sociale qui s'y rattachent, ou des différends découlant de contrats de fournitures de marchandises ou de services, conclus avant que les droits et responsabilités quadripartites auront cessé d'avoir effet. Les actions contre les autorités des trois Etats seront dirigées contre la République fédérale d'Allemagne. Les actions intentées par lesdites autorités seront intentées par la République fédérale d'Allemagne.

ARTICLE 4

Tous les jugements et décisions qui ont été rendus à Berlin ou en ce qui concerne Berlin par un tribunal ou par un organe judiciaire institués par les Autorités Alliées ou l'une d'entre elles, avant que les droits et responsabilités quadripartites auront cessé d'avoir effet, demeureront définitifs et valables à tous égards en droit allemand et seront traités par les tribunaux allemands et les autorités allemandes comme des jugements

et des décisions rendus par des tribunaux allemands et des autorités allemandes.

ARTICLE 5

(1) La République fédérale d'Allemagne ne présentera pas contre les trois Etats ou l'un d'entre eux, ou contre des institutions ou personnes dans la mesure où celles-ci ont agi en leur nom ou sous leur autorité, de réclamations fondées sur des actes ou omissions des trois Etats ou de l'un d'entre eux, ou de ces institutions ou personnes, intervenus à Berlin ou en ce qui concerne Berlin avant que les droits et responsabilités quadripartites aient cessé d'avoir effet.

(2) La République fédérale d'Allemagne reconnaît que, sous réserve de l'article 3 du présent Accord, des réclamations du type décrit au paragraphe 1 ne doivent pas être présentées par des personnes soumises à sa juridiction.

(3) La République fédérale d'Allemagne assume la responsabilité des décisions relatives aux demandes d'indemnisation pour les dommages d'occupation subis à Berlin ou en relation avec Berlin avant que les droits et responsabilités quadripartites aient cessé d'avoir effet et pour lesquels une indemnisation aurait pu être versée en vertu des dispositions de l'Ordonnance n° 508 édictée par les Commandants des Secteurs américain, britannique et français le 21 mai 1951, telle qu'amendée et complétée par les ordonnances et règlements d'application ultérieurs et, dans la mesure où ces réclamations n'ont pas déjà été réglées, de leur règlement. La République fédérale d'Allemagne déterminera lesquelles des autres réclamations mentionnées au paragraphe 2, dans la mesure où elles sont nées à Berlin ou en relation avec Berlin, il serait approprié de régler et elle prendra les mesures nécessaires afin de prévoir le principe de la décision et le règlement de ces réclamations.

ARTICLE 6

(1) Sous réserve des dispositions des paragraphes 2 et 3 du présent article, les questions concernant les biens meubles et immeubles et issues de la suspension de l'exercice, ou de la cessation, des droits et responsabilités quadripartites relatifs à Berlin, seront traitées dans le cadre de l'Accord relatif à la présence, pour une période limitée, de forces armées des trois Etats à Berlin et de ses annexes.

(2) A l'expiration des périodes transitoires visées à l'annexe 2 de l'Accord susmentionné, les trois Etats auront la possibilité de continuer à utiliser les biens dont peuvent avoir besoin leurs établissements diplomatiques et consulaires, si des arrangements appropriés (location, échange ou achat) peuvent être convenus.

(3) Conformément aux procédures établies, si des biens meubles ne sont plus nécessaires pour servir les objectifs décrits dans l'Accord susmentionné et ses annexes, et si l'Etat concerné ne désire pas les acheter, les échanger ou les louer, ils seront rendus à l'autorité allemande compétente.

ARTICLE 7

(1) Dans la mesure nécessaire pour mener à sa conclusion toute affaire pendante devant lui au moment où les droits et responsabilités quadripartites auront cessé d'avoir effet, le "Tribunal français de simple police de Berlin" exercera sa compétence conformément aux dispositions légales en vigueur jusqu'à ce moment. Le "Tribunal français de Berlin" exercera sa compétence d'appel sur les décisions rendues par le "Tribunal français de simple police de Berlin".

(2) La compétence mentionnée au paragraphe 1 du présent article prendra fin pour ce qui est du "Tribunal français de simple police de Berlin", six mois, et pour ce qui est du "Tribunal français de Berlin", dix mois après que les droits et responsabilités quadripartites auront cessé d'avoir effet.

(3) L'article 3, paragraphe 2 d et l'article 4 du présent Accord s'appliqueront par analogie.

ARTICLE 8

Toute Partie contractante pourra à tout moment demander que des consultations aient lieu entre les Parties contractantes sur l'interprétation ou l'application du présent Accord. Les consultations commenceront dans un délai de trente jours à compter de la date de la notification de la demande aux autres Parties contractantes.

ARTICLE 9

Toute Partie contractante pourra demander une révision du présent Accord. Les discussions commenceront dans un délai de trois mois à compter de la notification de la demande aux autres Parties contractantes.

ARTICLE 10

Nonobstant l'article 11 du présent Accord les Gouvernements signataires conviennent que l'Accord sera appliqué provisoirement à partir du moment où les droits et responsabilités quadripartites auront cessé d'avoir effet et jusqu'à son entrée en vigueur.

ARTICLE 11

(1) Le présent Accord sera soumis à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Celui-ci informera les autres Gouvernements signataires du dépôt de chaque instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

(2) Le présent Accord entrera en vigueur à la date du dépôt du dernier instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

(3) L'original du présent Accord dont les textes allemand, anglais et français font également foi, est déposé auprès du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne qui en transmettra aux autres Gouvernements signataires des copies certifiées conformes.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu
gehörig Bevollmächtigten dieses Übereinkommen
unterschrieben.

GESCHEHEN zu Bonn am 25. September 1990

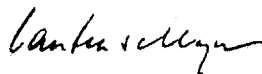
IN WITNESS WHEREOF, the undersigned plenipotentiaries,
being duly authorized thereto, have signed this
Agreement.

DONE at Bonn this twenty-fifth day of September 1990

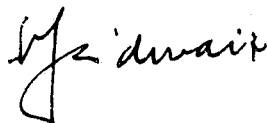
EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés, dûment
habilités à cet effet, ont signé le présent Accord.

FAIT à Bonn, le 25 septembre 1990

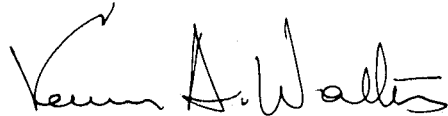
Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany
Pour le Gouvernement de la République fédérale
d'Allemagne



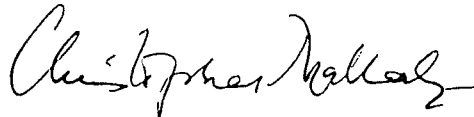
Für die Regierung der Französischen Republik
For the Government of the French Republic
Pour le Gouvernement de la République française



Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
For the Government of the United States of America
Pour le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique

Handwritten signature of Vernon A. Walters in cursive script.

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs
Großbritannien und Nordirland
For the Government of the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland
Pour le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et
d'Irlande du Nord

Handwritten signature of Christopher Mallory in cursive script.